

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig September 2014 Nr. 159

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



1. August 2014
Friedensmarsch
im Basler Dreiländereck



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Welt scheint in Flammen – ob in der Ukraine, in Syrien, im Irak oder in Gaza – der Krieg zeigt wieder sein hässlichstes Gesicht. Entflammt ist auch die Kriegsrhetorik. Die lauteste Forderung ist im Moment nämlich nicht die nach Frieden, sondern nach Waffenlieferungen in die Krisenregionen. Dabei ist vielfach gerade die Hochrüstung zur vermeintlichen Stabilisierung eines Regimes oder zur Unterstützung einer Rebellenbewegung eine der Hauptursachen dafür, dass Jahre und Jahrzehnte später politische Konflikte zu blutigen Kriegen eskalieren. Bei den wenigen vorhandenen Bemühungen zur Konfliktlösung wird die Uno aussen vor gelassen. Dabei zeigt gerade der Blick zurück auf den Ersten Weltkrieg, wie wichtig internationale Konfliktlösungsmechanismen sind und wie wichtig ein von allen Seiten als akzeptabel empfundener Friedensplan ist. Kriege geschehen nicht einfach wie Naturkatastrophen, sie werden aktiv geführt und unterstützt, sie müssen auch aktiv beendet werden.

In der Schweiz geht unser Engagement gegen den Militarismus weiter. Mit einer Demonstration am 1. August haben wir ein erstes Zeichen gegen Krieg und Nationalismus gesetzt (S. 2), mit unserer Petition gegen die weitere Aufrüstung im Nahen Osten (S. 4), wollen wir Druck auf den Bundesrat aufbauen, endlich aktiv zu werden. Weiter analysieren wir das Ergebnis der Gripen-Abstimmung im Detail (S. 3) und fragen, wie die Armee durch die Hintertür versucht, das Geld für sich zu behalten.

Erneut thematisieren wir den Ersten Weltkrieg, diesmal mit einem Fokus auf die Auswirkungen des Krieges auf die Schweiz sowie die Kriegsdienstverweigerung (S. 6). Daneben behandeln wir die Instrumentalisierung der Marignano-Feierlichkeiten (S. 5) sowie die Beteiligung der Schweizer Rüstungsindustrie an einer der grössten Waffenmessen weltweit (S. 7).

Nur wenn wir uns aktiv gegen die kriegerischen Entwicklungen auf dieser Welt engagieren, werden wir etwas bewegen. Packen wir es gemeinsam an!

Für das Redaktionsteam

Adi Feller

DREILÄNDERECK

Friedensmarsch gegen Nationalismus und Militarismus

Am diesjährigen 1. August organisierte die GSoA zusammen mit anderen Organisationen einen Friedensmarsch im Basler Dreiländereck. Rund 500 Personen erinnerten gemeinsam an den Beginn des Ersten Weltkrieges und setzten ein Zeichen gegen Nationalismus und Militarismus – Ideologien, die auch heute noch für Kriege und Konflikte rund um den Erdball verantwortlich sind.
Von Daniela Fischer

Jedes Jahr weckt der 1. August in vielen SchweizerInnen patriotische Gefühle und den damit verbundenen Wunsch «ihre» Nation zu feiern. Die GSoA öffnete dieses Jahr zusammen mit anderen Organisationen den Blick auf die internationale Gemeinschaft. Mit einem Friedensmarsch wies sie darauf hin, dass vor rund hundert Jahren die Landesgrenzen und die eigene Nation immer wichtiger wurden und nationalistisches Gedankengut mitverantwortlich war für die Mobilmachung der Armeen, was schliesslich zum Ersten Weltkrieg führte. Auch heute noch sind dies Faktoren, die Konflikte und Kriege rund um den Erdball schüren, nicht zuletzt, weil sie oft in Verbindung mit Militarismus stehen. Die Demonstration wandte sich denn auch gegen den Krieg in Gaza und gegen die Aufrüstungs- und Spannungspolitik in Ost und West. Sie forderte den Stopp jeglicher Rüstungszusammenarbeit und Militärkooperation mit Israel und dem ganzen Nahen Osten, wie auch mit Russland und der Ukraine.



Grenzen überschritten

Um zu betonen, dass die Länder dieser Welt gemeinsam nach Lösungen suchen sollten, statt sich gegeneinander zu erheben und zu bekämpfen, überschritt am diesjährigen 1. August ein bunter Umzug die drei Landesgrenzen zwischen der Schweiz, Frankreich und Deutschland. Die teilnehmenden FriedensaktivistInnen setzten sich in Basel an der St-Louis Grenze in Bewegung, spazierten durch Huningue (F) bis über die Passerelle des Trois Pays nach Weil am Rhein (D) und kurz bevor sie wieder nach Basel marschierten, zerschnitt Jo Lang einen Stacheldraht. Ein solcher hatte im Ersten Weltkrieg Kriegsdienstverweigerer daran gehindert, in die Schweiz zu flüchten.

An der Schlusskundgebung auf der Basler Dreirosenmatte betonte die Religionswissenschaftlerin Claudia Haydt von der deutschen Informationsstelle Militarisation (IMI), dass der Erste Weltkrieg nicht vom Himmel gefallen, sondern eine Folge des Wettübens gewesen sei. Heute gehe es darum, Nein zu sagen, wenn für Kriege immer wieder neue Begründungen gesucht werden. Der französische Pazifist Pierre Rosenzweig aus Strassburg stellte die französische Friedens- und Antiatombewegung vor. Er würdigte den am 31. Juli 1914 von einem Rechtsextremisten erschossenen Kriegsgegner und Sozialistenführer Jean Jaurès. Dieser hatte sich für einen europäischen Generalstreik gegen den Krieg engagiert. GSoA-Vorstand Jo Lang wies darauf hin, dass die Schweiz sich nicht am Krieg beteiligt, aber diesen mit Rüstungs- und Kapitalexporten mitgefüttert hatte und forderte vom Bundesrat, sich im Nahen Osten ebenso aktiv für den Frieden und das humanitäre Völkerrecht zu engagieren wie in Osteuropa.

VOLLVERSAMMLUNG

Ein erfreulicher Rückblick

In Solothurn feierten am 22. Juni die versammelten GSoA-AktivistInnen den historischen Sieg in der Gripen-Abstimmung. Drei ReferentInnen thematisierten die Friedensbewegungen und die Kriegsdienstverweigerung während des Ersten Weltkrieges.

Von Adi Feller

Die Abstimmungskampagne für das Gripen-Nein erforderte viel Energie. Dank der tatkräftigen Mithilfe vieler AktivistInnen konnte die GSoA am 18. Mai einen historischen Sieg feiern. Sechs Jahre haben wir auf diesen Sieg hingearbeitet: Wir haben über 100'000 Unterschriften für eine Initiative gesammelt. Diese Initiative ermöglichte eine referendumsfähige Vorlage, wofür wir wiederum einen grossen Teil der Unterschriften sammelten. Doch auf diesen Lorbeeren können wir uns nicht ausruhen: Der Verteilungskampf innerhalb des Bundeshaushaltes geht weiter. Die GSoA engagiert sich aktiv dafür, dass diese Gripen-Gelder nicht doch noch in der Armee versanden, sondern für sinnvolle Aufgaben verwendet wer-

den können. Symbolisch dafür gestalteten wir an der Vollversammlung eine Aktion, bei der wir Geld aus einem grossen Armee-Sparschwein ausschütteten.

Gegen den Weltkrieg

Im zweiten Teil der Vollversammlung widmeten wir uns ganz dem Ersten Weltkrieg. Einleitend betonte Jo Lang, dass die von vielen Ländern betriebene Aufrüstung und die Spannungspolitik die Hauptursachen des Krieges waren. In drei weiteren Referaten erschlossen wir das grosse Thema weiter: Das erste Referat hielt die Historikerin Stéfanie Prezioso, Professorin an der Universität Lausanne, zu Patriotismus und Nationalismus. Im zweiten Teil referierte der Historiker Christoph Jahr von der Universität Düsseldorf über Kriegsdienstverweigerung (vgl. S. 6). Im letzten Referat berichtete die GSoA-Sekretärin Daniela Fischer über die Verknüpfungen der Frauenbewegung mit der internationalen Friedensbewegung und die Reaktionen dieser Bewegungen auf den Weltkrieg.



ARMEEBUDGET

Was passiert mit den Gripen-Geldern?

Nach dem Nein zu neuen Kampfflugzeugen ist das Gerangel um die jährlichen 300 Millionen losgegangen, die für den Gripen reserviert waren. Die bürgerlichen Kräfte im Parlament wollen das Geld bei der Armee belassen. Sie könnten sich durchsetzen. Von Seraina Patzen

Das Nein am 18. Mai war nicht nur ein Nein zur Aufrüstung, es war auch ein klares Nein zur Ausgabe von zehn Milliarden Franken an Steuergeldern für neue Kampfflugzeuge. Die sich seit Jahren in Umfragen abzeichnende Skepsis der Bevölkerung gegenüber höheren Militärausgaben schlug sich zum ersten Mal in einer Abstimmung nieder.

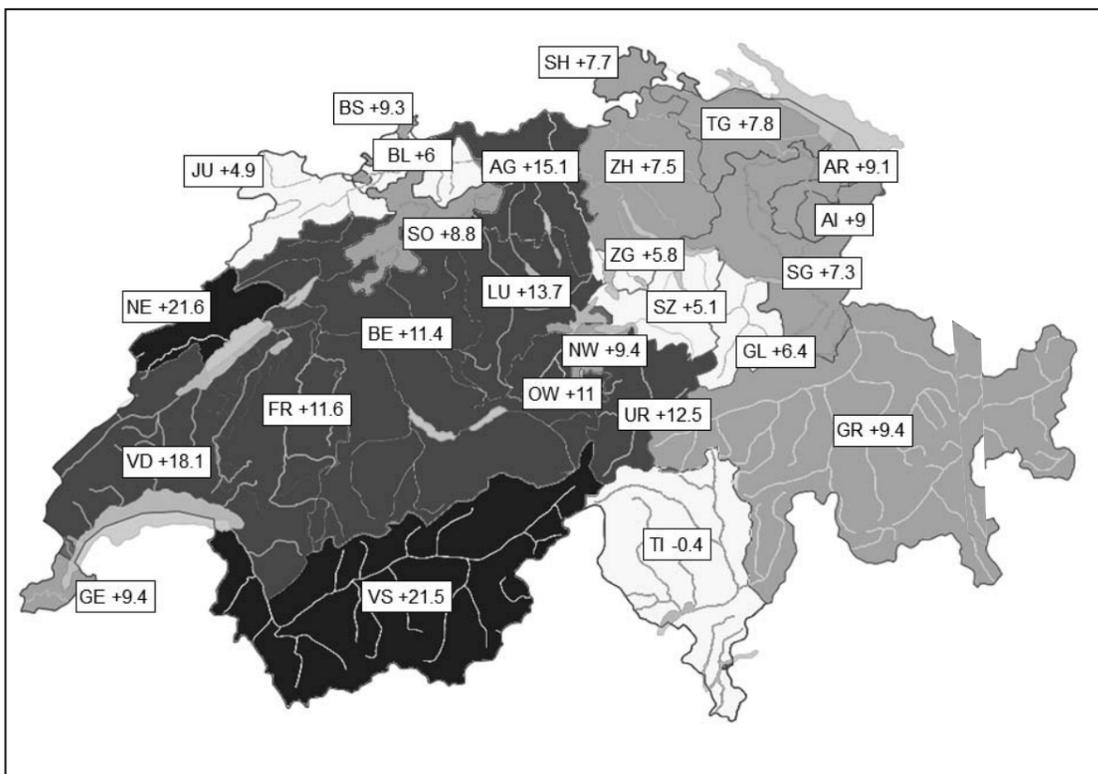
So war es denn nach der Abstimmung konsequent, dass der Bundesrat bekanntgab, den Armeepfand zu senken. Über die Jahre 2014 bis 2016 sollten insgesamt immerhin 800 Millionen Franken bei der Armee eingespart werden. Der Bundesrat begründete diesen Entscheid so: «Da es nicht möglich ist, die geplanten Mittel kurzfristig vollumfänglich anderweitig einzusetzen, soll der Armeepfand in den Jahren 2014-2016 gekürzt werden. [...] Den anderen Departementen wird somit die Möglichkeit geboten, prioritäre Vorhaben voranzutreiben.» Wie viel Geld der Armee nach 2016 zur Verfügung stehen werde, sollte nach der Meinung des Bundesrates im Zuge der Weiterentwicklung der Armee definiert werden.

Eine Hintertür

Die Botschaft zur Weiterentwicklung der Armee wurde nun am 3. September vom Bundesrat präsentiert. Hier wird vorgeschlagen, den mehrjährigen Zahlungsrahmen der Armee, den sogenannten Pfand, im Militärgesetz zu verankern. Die Höhe des Pfands wird aber nicht gesetzlich festgehalten und muss so alle vier Jahre vom Parlament neu bestimmt werden. Die Diskussion, ob der Armee ab 2017 jährlich fünf Milliarden Franken zur Verfügung stehen sollen, wie das vom Parlament vor der Gripen-Abstimmung gefordert wurde, steht noch aus. Gleichzeitig hat die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates eine Hintertür geöffnet, um die Gripen-Gelder auch im Falle

einer Reduktion des jährlichen Pfands bei der Armee zu bunkern. Sie hat eine Motion eingereicht, die vom Bundesrat ein zusätzliches Rüstungsprogramm für das Jahr 2015 verlangt. «Dieses Rüstungsprogramm 2015 plus ist mit den frei werdenden Mitteln, welche durch das Volks-Nein zum Gripen-Fonds entstanden sind, zu alimentieren», heisst es in der Motion. Damit sollen «erkannte Ausrüstungslücken behoben werden».

Die gleichen Kräfte, die sich sonst gerne als «Kämpfer für den Volkswillen» darstellen, legen sich mächtig ins Zeug, damit in der Armee auch ja kein Franken gespart wird. Wie die Diskussion ausgeht, lässt sich noch nicht abschätzen. Insbesondere die Weiterentwicklung der Armee wird noch für viele Diskussionen sorgen. Ob es das bürgerlich dominierte Parlament wagt, trotz dem Nein zum Gripen ein Fünf-Milliarden-Budget für die Armee zu beschliessen, wird sich zeigen. Dass es gegen ein von der Kommission verlangtes Rüstungsprogramm stimmt, scheint praktisch ausgeschlossen. Widerstand wird also nötig sein, damit nicht vergessen geht, dass die Stimmbevölkerung am 18. Mai Nein gesagt hat zu Mehrausgaben für die Armee.



Wie viel wir im Vergleich zur F/A-18-Abstimmung pro Kantonen hinzugewonnen haben (Daten: bfs, Grafik: GSoA)

VOX-ANALYSE GRIPEN

Details des Nein

Die Ergebnisse der Nachbefragung unter 1500 Stimmberechtigten, bekannt als die Vox-Analyse, bringen einige zusätzliche Erkenntnisse über den erfreulichen Ausgang der Gripen-Abstimmung.

Von Adi Feller

Bei einer Stimmbeteiligung von 55.5 Prozent stimmten total 1'542'165 stimmberechtigte Personen gegen die Beschaffung des Kampfjets Gripen. Gemäss Befragung stimmte mehr als die Hälfte der Personen, die sich selber der politischen Mitte zuordneten, gegen den Gripen. Mit 24 Prozent stimmte beinahe ein Viertel derjenigen, die sich für eine starke Armee aussprechen, gegen den Kampfjet. Die Stahlhelm-Fraktion vermochte also nicht einmal ihre ganze übliche Klientel von der sinnlosen militärischen Aufrüstung zu überzeugen.

Markante Unterschiede

Insbesondere fällt wieder einmal auf, dass Frauen signifikant armeekritischer eingestellt

sind als Männer: 58 Prozent der Frauen lehnten Gripen ab, während nur 47 Prozent der Männer dagegen waren. Auch eine allfällige Integration in die militärischen Strukturen der Armee machte sich bemerkbar: Aktuelle oder ehemalige Angehörige der Armee stimmten nur mit 42 Prozent gegen den Gripen, während sich 64 Prozent derjenigen, die nie in der Armee waren, gegen die milliardenteure Beschaffung aussprachen. Entgegen aller Bemühungen und Angstmacherei von Ueli Maurer und der Kampfjet-Lobby: Kaum jemand nahm die Abstimmung als Grundsatzfrage zur Armee wahr. Demgegenüber bildeten finanzpolitische Gründe die Hauptbasis der Ablehnung. Interessant ist auch der Vergleich der Abstimmungsergebnisse zur F/A-18-Abstimmung. Bis auf den Sonderfall Tessin, hat sich das Ergebnis überall markant verbessert. In einzelnen Kantonen – vor allem in der Romandie – veränderte sich das Resultat um über 20 Prozent gegen einen neuen Kampfjet als noch gegen die F/A-18 (vgl. Karte).

GLOSSE

Heisse Luft über Payerne

(bm) Diesen Herbst fand das 100-jährige Jubiläum der Schweizer Luftwaffe statt und dazu die grösste Militärflugshow Europas, die Air14 in Payerne. Sie produzierte viel Lärm, Kerosingestank und Stau auf der A1, und die schweizerische Kampffjet-Flotte kam zu dem Einsatz, zu welchem sie hauptsächlich angeschafft wurde: Pirouetten-Fliegen mit roten und weissen Kondensstreifen.

Den Gripen hatte Saab nur mit blauen und gelben Kondensstreifen im Angebot. Dies war eventuell der Grund, weshalb der Gripen beim Evaluationstest durchfiel. Erst als Ueli Maurer während der Abstimmungskampagne auf die Idee kam, die «Beste Armee der Welt» könnte Kampffjets ausser zur Unterhaltung bei Flugshows – zumindest während der Bürozeiten – auch zur Landesverteidigung einsetzen, musste über die Farbe der Kondensstreifen (und andere Mängel) hinweggesehen werden. Das Volk sagte trotzdem Nein zum Gripen. Besser für den Gripen, denn so stürzte er im Mai an der Urne ab und nicht im September in Payerne. Nach der Gripen-Abstimmung droht Maurer mit einer Sicherheitslücke. Möchte man der Air14 doch noch etwas abgewinnen, könnte die Schweizer Luftwaffe ja ein paar Jets der Patrouille de France klauen. Die Luftwaffe hätte ja bekanntlich ohnehin die französischen Rafales dem schwedischen Gripen vorgezogen. Das Vorgehen wäre passend zum 100-Jahr-Jubiläum der Schweizer Luftwaffe, denn auch 1914 kam die Luftwaffe vorallem dank enteigneter Flugzeuge zustande.

Das absurde Vorgehen wäre Ueli Maurer zuzutrauen: Während die halbe Schweiz in den welschen Himmel gafft, treibt er unbehelligt die Weiterentwicklung der Armee (WEA) voran. Diese sieht Änderungen im Militärgesetz vor, die an Absurdität nicht weit davon entfernt sind. Zum Beispiel soll es künftig erlaubt sein, bedrohliche Passagierflugzeuge abzuschliessen. Dumm nur, dass das in der Praxis nicht umsetzbar ist, wie es eine Handvoll Saudis der letzten verbleibenden Weltmacht vor einem guten Jahrzehnt bewiesen. Doch die nötige Diskussion über die WEA geht leider im Motorenlärm der Air14 unter.

INTERVIEW

«Unser Kampf bleibt vonnöten!»

Aline Trede im Gespräch rund um die Weiterentwicklung der Armee (WEA)



Quelle: www.parlament.ch

Aline Trede ist 1983 geboren und in der Stadt Bern in einer Gross-WG aufgewachsen. Nach ihrer Schulzeit studierte sie Umweltnaturwissenschaften an der ETH in Zürich und arbeitete danach bis Ende 2012 beim VCS als Kampagnenleiterin. Seit 2013 sitzt sie für die Grünen Kanton Bern im Nationalrat und ist seit Anfang Jahr Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SiK-N). Zudem ist Aline Trede seit vielen Jahren Mitglied der GSoA. Das Interview führte Nora Komposch

Liebe Aline, du bist nun 31 Jahre jung und sitzt bereits in der SiK-N. Wie kam es dazu, dass du schon so früh in die Politik eingestiegen bist?

Ich bin über umweltpolitische Anliegen zur Politik gekommen. Wir haben im Studium viel gelernt und wussten, was wissenschaftlich für den Klimaschutz getan werden müsste. Die Politik bremste jedoch diesbezüglich oft jeglichen Fortschritt. So gründeten wir damals die Jungen Grünen. Es bräuchte viel mehr Junge im Parlament, da viele ParlamentarierInnen statt einen Schritt voraus, eher einen Schritt hinterher sind.

Die Sicherheitspolitik unseres Landes interessiert mich seit eh und je. Dieses Frühjahr habe ich als letzte Nachrutschlerin den freigewordenen Kommissionplatz übernommen. Auf jeden Fall tut es der Kommission gut, jüngere und weibliche Mitglieder zu haben, da doch die alte Garde sehr stark vertreten ist. Die erzählen immer noch aus ihren RS-Zeiten und wie's früher war im Krieg, auch wenn sie diesen nicht miterlebt haben...

Die Weiterentwicklung der Armee (WEA) ist momentan in der SiK-N eines der Hauptthemen. Welches sind die wichtigsten Veränderungen in der WEA im Vergleich zur jetzigen Armee?

Der Bundesrat blufft mit einer Reduktion der Armee, will aber trotzdem mehr Geld. Es handelt sich dabei nämlich lediglich um eine Reduktion auf Papier der sowieso nie eingesetzten Reservisten.

Ein weiterer Punkt der WEA ist, immer mehr innenpolitische Aufgaben zu übernehmen. Dies finde ich sehr problematisch.

Zudem sind sehr viele Nachkredite hängig, welche die Armee bis heute nicht gebraucht oder umgesetzt hat. Bevor keine klare Strategie vorhanden ist, darf es kein weiteres Geld geben, welches irgendwo verschwindet und an anderen Orten fehlt.

Ein Rüstungsmoratorium wäre in der aktuellen Debatte angebracht. Ich habe aus diesem Grund auch einen Nicht-Eintretensantrag gegen das Rüstungsprogramm 2014 gestellt, damit der Rat zumindest darüber befinden kann, ob ohne

Strategie noch mehr Anschaffungen für die Armee gemacht werden sollen oder nicht.

Durch die Kompetenzerweiterung bei den sogenannten «subsidiären» Einsätzen, könnten also in Zukunft unter dem Deckmantel der Sicherheit und der Kostengünstigkeit immer mehr polizeiliche Aufgaben an die Armee überwiesen werden. Kannst du deine angedeuteten Bedenken diesbezüglich ausführen?

PolizistInnen machen eine mehrjährige Ausbildung, sind geschult für kritische Einsätze und Situationen. Wenn das mehr und mehr von Hilfssheriffs aus der Armee, welche keine Ausbildung dazu genossen haben, übernommen wird, kommt es zu einer gefährlichen Entwicklung. Die Kantone sind natürlich froh, da sie so viel Geld sparen können und mit der Anzahl PolizistInnen und den Sparmassnahmen sowieso immer auf dem Zahnfleisch laufen.

Nehmen wir das Beispiel Demonstrationen, wo immer wieder Grossaufgebote im Einsatz stehen. Wenn dies mehr und mehr auch durch Militärs geschehen könnte, sind die Konflikte und Ausschreitungen praktisch vorprogrammiert.

Was hältst du von der «Reduktion» des Sollbestandes auf 100'000 Wehrpflichtige?

Reduktion ist immer ein guter Ansatz, wenn es um die Armee geht. Meiner Meinung nach wäre eine Reduktion auf 0 die richtige Antwort, aber das ist momentan Wunschdenken. Eine Miliz-

armee mit 20-30'000 Freiwilligen würde völlig ausreichen. Der Bundesrat ist ja nicht einmal fähig, seine im 2010 präsentierte Reduktion auf 80'000 Wehrpflichtige wieder zu fordern. Da sehen wir, dass diesbezüglich kein Plan der Regierung vorhanden ist.

Wie siehst du die Armee und ihre Position in der Schweiz in 10 Jahren? Welche konkreten Ziele sollten deiner Meinung nach in der Sicherheitspolitik verfolgt werden?

Meine Vision oder die Realität? Wenn ich realistisch bleibe, wird die Armee wohl in zehn Jahren noch im genau gleichen Chaos stecken wie heute. Und das vielleicht nicht mal wegen des total konservativen Bundesrates, vielmehr wegen dem Parlament, in welchem die Mehrheiten ganz klar sind und die Stahlhelmfraktion immer noch sehr viel Gewicht hat. So lange ältere Herren in der Politik in der Mehrheit sind, werden wir auch die Armee nicht reformieren können. Also bleibt unser Kampf vonnöten. Meiner Meinung nach sollten die Armee viel viel kleiner werden, sich, wenn überhaupt, um ihr Kerngeschäft kümmern und nicht andauernd weitere Sicherheitsaufgaben im Innern übernehmen. Wenn sich eine Armee nur noch dadurch legitimiert, dass sie beim Lauberhornrennen aufbauen hilft, das Schwingfest unterstützt und mit der AIR14 seine eigene Kriegsmaschinerie abfeiert für zehn Millionen Franken, dann kann ich auf eine solche Armee gerne verzichten.

KRIEGSMATERIAL

Keine Waffenlieferungen in den Nahen Osten!

Der Nahe Osten stellt seit Jahrzehnten ein Pulverfass dar, in dem immer wieder zwischenstaatliche Krieg und Bürgerkriege ausbrechen. Dennoch gehört die Region zu den häufigsten Destinationen von Kriegsmaterial, auch aus der Schweiz. Von Meret Schneider

Im Jahr 2013 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von über 20 Millionen Franken nach Saudi-Arabien und von mehr als 10 Millionen in die Vereinigten Arabischen Emirate. Doch damit nicht genug, auch Libanon, Israel, Jordanien, Katar, Bahrain, Oman und Kuwait waren Zielländer Schweizer Waffenexporte, also beinahe alle Länder der Region. Des Weiteren beschloss der Bundesrat im Frühling 2014, Hermes 900 Drohnen aus Israel für 250 Millionen Franken anzuschaffen und unterstützt damit eine Industrie, die kein Interesse hat an einem stabilen Frieden im Nahen Osten.

Im Prinzip richtet sich die Nahostpolitik des Bundesrates nach den Uno-Resolutionen, den Bestimmungen der Genfer-Konvention und nach den internationalen Menschenrechtsabkommen. Die Resolution 242 des Uno Sicher-

heitsrates vom 22.11.1967 fordert Israel beispielsweise dazu auf, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Ausserdem fordert sie von allen Konfliktparteien, die Souveränität und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates zu respektieren. Konkret sind damit alle vom Konflikt direkt oder indirekt betroffenen Staaten dazu angehalten, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Bis heute sind diese Resolutionen nicht umgesetzt und dennoch sind verschiedene Staaten des Nahen Ostens schweizerische Rüstungspartner. In Wirklichkeit also sind diese Resolutionen und Bestimmungen nur schöne Worte und zeigen keinen Einfluss auf die Kriegsmaterialexport-Praxis der Schweiz im Nahen Osten.

Die GSoA organisierte deshalb im August eine Demo gegen den Krieg in Gaza und gegen die schweizerische Rüstungszusammenarbeit in Nahost. Zudem lancierte die GSoA aus diesem Grund die Nahost-Petition. Damit fordert sie vom Bundesrat ganz konkret den Verzicht auf das Drohnengeschäft und die Militärkooperation mit Israel sowie die Sistierung aller Waffenlieferungen in den Nahen Osten. Weiter fordert sie den Bundesrat dazu auf, sich aktiv

für ein Ende der israelischen Militäraktionen, der palästinensischen Raketenangriffe und für die Durchsetzung des Völkerrechts und der Menschenrechte in der ganzen Region einzusetzen. Unterstütze auch Du die Petition (www.nahost-petition.ch) und verbreite sie unter Deine FreundInnen!



MILITÄRPROPAGANDA

Zimmerwald statt Marignano!

Im September 2015 begeht die offizielle Schweiz den 500. Jahrestag der Schlacht von Marignano. Deren nationalistisch-militärischen Symbolik soll eine humanistisch-zivile Alternative entgegengestellt werden. Dafür eignet sich der 100. Jahrestag der internationalen Antikriegs-Konferenz von Zimmerwald, die im September 1915 stattfand.

Von Jo Lang

Marignano wird dargestellt als Ende eidgenössischer Grossmachtspolitik und Beginn der Neutralität. Allerdings dürfte die kurz darauf folgende Glaubensspaltung entscheidender zur Kühlung des aussenpolitischen Übermuts beigetragen haben als die verheerende Niederlage vom 14. September 1515. Und die Verknüpfung von Neutralität und Marignano wurde erst 176 Jahre später erfunden.

Eine der wichtigsten Folgen von Marignano war, dass «den französischen Werbem der Zugang zu Europas bedeutendstem Menschenmarkt geöffnet wurde». Dies schrieb der Historiker Jean Jacquart in seiner Biographie über den siegreichen König Franz I. Fortan führte die Eidgenossenschaft – abgesehen von der bernischen Besetzung der Waadt – keine eigenen Kriege mehr ennet der eigenen Grenzen. Aber sie fütterte jene mit Söldnern. Gemäss dem Zürcher Pfarrer und Statistiker Heinrich Waser, der ein entschiedener Gegner der Reisläufer

gewesen ist und 1780 als Aufklärer hingerichtet wurde, haben bis zu seiner Zeit 1,1 Millionen Schweizer Söldner Frankreichs Monarchie gedient. Nur ein Drittel von ihnen ist unverseht zurückgekehrt. Mit dem Pensionenwesen ist eine kleine Minderheit von Kriegsunternehmern sehr reich geworden.

Damit wären wir beim Ersten Weltkrieg. Dieser wurde aus der Eidgenossenschaft mit Waffen gefüttert. 1917 hat der Bundesrat festgehalten, dass «ein grosser Teil der schweizerischen Maschinenindustrie zur eigentlichen Kriegsindustrie» geworden sei. Gegen das Massenmorden, das auch hiesige Profiteure sehr reich machte, organisierte der Sozialistenführer Robert Grimm Zusammenkünfte der europäischen Kriegsgegner in Zimmerwald und ein Jahr später in Kiental. Friedenskonferenzen wie die vom 6. bis

9. September 1915 entsprechen dem universalistischen Gehalt, den die Neutralität auch haben kann.

Gemäss der selbst von Linken unterzeichneten Interpellation eines Tessiner CVP-Nationalrats soll «die Erinnerung an Marignano zum wachen militärischen Sinn im Land beitragen». In diesem Sinne wird die Schlacht mit einem Wettschiessen im Tessin, einer militärhistorischen Ausstellung im Landesmuseum und anderen Militaria «gebührend» gefeiert werden. Antworten wir auf Militarismus mit Pazifismus, auf Nationalismus mit Universalismus, auf Marignano mit Zimmerwald!

Dieser Text erschien im Rahmen der Online-Aktion «Hurra, verloren! 499 Jahre Marignano» (<http://www.marignano.ch>).

Zimmerwald und Kiental

Die Schweiz wurde kurz nach Kriegsbeginn zu einem Zentrum von Pazifismus und Antimilitarismus. Der führende Kopf war Robert Grimm, Chefredaktor der Berner Tagwacht und Nationalrat. Er organisierte vom 5. bis 9. September 1915 in Zimmerwald, in der Nähe von Bern, eine Antikriegs-Konferenz, der Sozialisten und Sozialistinnen aus zwölf Ländern beiwohnten. Zu ihnen gehörten die späteren Köpfe der Oktoberrevolution W.I. Lenin, Leo Trotzki und Karl Radek. Trotzki und Grimm verfassten das Zimmerwalder Manifest, das die Unterstützung des Krieges durch die sozialistischen Parteien verurteilte und zum Kampf gegen den Krieg und den Burgfrieden mit den Bürgerlichen aufrief. Lenin fügte dem Manifest ein radikaleres Zusatzprotokoll bei, das sich für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg aussprach.

Vom 24. bis 30. April 1916 fand in Kiental, im Berner Oberland, eine zweite Konferenz statt. Obwohl sie wieder von Grimm organisiert worden war, hatte Lenin mehr Einfluss. So wurde die Sozialdemokratie viel schärfer verurteilt. Während Grimms Ziel die Erneuerung der Zweiten Internationale war, setzte Lenin auf die Gründung der Dritten. Diese fand dann am 4. März 1919 in Moskau statt. Viele deren Köpfe hatten sich in Zimmerwald und Kiental aufgehalten.

KRIEG UND FRIEDEN

Die Friedensbewegung stärken in Zeiten internationaler Konflikte

Bürgerkrieg in der Ukraine, Syrien- und Gaza-Krieg, der Vormarsch des «Islamischen Staates» (IS) im Irak, der Bürgerkrieg in Libyen - es herrscht der Eindruck, die halbe Welt stünde in Flammen. Dauerhafter Frieden scheint in diesen Konflikten in weiter Ferne zu liegen. Eine konsequente Friedenspolitik ist gerade darum unentbehrlich.

Von Nikolai Prawdzic

Friedensbewegte sind verunsichert, wenn Putin scheinbar alle diplomatischen Versuche europäischer Staaten ins Leere laufen lässt, wenn Nato-Generalsekretär Rasmussen die Gunst der Stunde wahr nimmt und eine weitere Aufrüstung der westlichen Armeen fordert und wenn die deutsche Regierung aus «humanitären» Gründen Waffen in den umkämpften Irak liefert.

Man fragt sich: auf welcher Seite stehe ich? Soll ich Partei ergreifen? Sind Waffenlieferung oder militärische Drohungen das geeignete Mittel, um Waffengewalt zu beenden? Das sind Fragen, die zur Zeit vielen Menschen durch den Kopf gehen und die verunsichern. Denn wer sind die «Guten», wer die «Bösen»? Wer ist Opfer, wer Täter und wie steht es um die Menschenrechte?

Kriege geschehen nicht einfach so

Jeder Krieg hat seine Vorgeschichte. Im Ukraine-Konflikt führte die Diskussion rund um den Beitritt des Landes zur europäischen Zollunion oder zur russisch dominierten eurasischen Freihandelszone zur Eskalation zwischen dem prorussischen und prowestlichen Lager. Wobei nicht nur die innenpolitischen Akteure eine Rolle spielten, auch die EU und Russland tragen beide eine erhebliche Mitschuld an den Anfängen des Bürgerkrieges.

Im Irak hat die USA vor einem Jahrzehnt einen völkerrechtswidrigen Krieg begonnen und ist in Bagdad einmarschiert. Zehntausende Menschen starben und die Region wurde massiv destabilisiert. Heute kämpfen die IS-Milizen mit französischen oder amerikanischen Waffen gegen ZivilistInnen sowie Milizen, wie die Peschmerga, welche wiederum mit Waffen aus dem Westen beliefert werden

Beide Kriege, so verkürzt ihre Darstellung hier auch sein mag und ihre Ursprünge weiter in die Geschichte zurückgehen, basieren auf Ungerechtigkeiten, Perspektivlosigkeit, Aufrüstung, Macht- und Spannungspolitik. Diese Gegebenheiten haben erst die Bedingungen geschaffen, dass Ideologien gewaltbereiter Extremisten auf fruchtbaren Boden stossen konnten. Der Blick in Vergangenheit zeigt, dass Kriege nicht

einfach so passieren, sie sind die Folge verpasster Chancen.

Als Friedensbewegung gilt es diese ganzheitliche Sicht einzunehmen. Denn sie bestärkt den längerfristig einzig gangbaren, humanen Weg. Didier Burkhalter tut in seiner Rolle als Vorsitzender der Osze daher genau das Richtige, wenn er wie am Nato-Gipfel Anfang September die Regierungschefs dazu aufruft das kontraproduktive Säbelrasseln gegen Russland zu beenden. Im Irak gilt es aus der Geschichte zu lernen und nicht in den Chor nach Waffenlieferungen einzustimmen. Das sogar die katholische Kirche Waffenlieferungen fordert ist bedenklich und verstärkt den falschen Eindruck der Alternativlosigkeit. Warum wird kein humanitärer Korridor, keine Uno-Schutzzone, keine Uno-Blauhelmission gefordert? Es mangelt in der Region derzeit an fast allem – ausser an Waffen.

Partei ergreifen für Frieden und Gerechtigkeit

Die aktuellen Kriege sind kein Grund von pazifistischen Überzeugungen abzurücken, im Gegenteil. Sie sind der schreckliche Beweis dafür, wo Aufrüstung, Ungleichheit, Perspektivlosigkeit und Unterdrückung hinführen. Es gilt jetzt die Arbeit für eine sozialere, demokratischere

und somit gerechtere Welt fortzusetzen und zu intensivieren. Mit Kampagnen und Basisarbeit gilt es den Isolationisten und Scharfmachern entgegen zu treten und Partei für all die Menschen zu ergreifen, die sich für Frieden in ihren Ländern einsetzen. Gemeinsam müssen wir die Gesellschaft davon überzeugen, dass nur eine Abkehr von einer neokolonialen Politik, die Aufgabe von Sonderinteressen und eine konsequente Demilitarisierungspolitik den Weg in friedlichere Zeiten ebnet kann.



VERWEIGERUNG

Deserteure sind Helden

An der GSoA-VV am 22. Juni referierte der deutsche Historiker Christoph Jahr zum Thema Kriegsdienstverweigerung im Ersten Weltkrieg. Der hundertste Jahrestag des Kriegsausbruchs sollte Anlass für Forschung und Gesellschaft sein, sich jenen zu widmen, die «Nein zum Dienst an der Waffe» gesagt haben. Von Stefan Dietiker

Das Referat beleuchtete die Geschichte jener Männer, die von den einen als «gewissenlose Feiglinge», von den anderen hingegen als «selbstlose Helden» bezeichnet wurden. Christoph Jahr brachte den anwesenden GSoA-Mitgliedern einerseits die Motive der Deserteure näher und zeigte andererseits auf, wie es Einzelne schafften, von der Armee wegzukommen. Die Gründe der Fahnenflucht sind schwer zu erforschen, da es auch zur Taktik der Deserteure gehörte, die wahren Beweggründe

zu verheimlichen. Diese reichten von politischen Motiven über Todesangst, Ärger mit den Vorgesetzten, Sehnsucht nach der Familie oder Freundin bis hin zu unerlaubtem Urlaub. Die Vorgehensweisen, wie die Soldaten desertierten, sind besser belegt. Als Quellen dienen Militärstrafakten, die zeigen, wie ein deutscher Soldat monatelang mit gefälschtem Ausweis durch Deutschland fuhr, bis hin zu Anleitungen, die den Soldaten zeigten, wie sie sich am besten selbst verletzen konnten.

Mehrere hunderttausend Deserteure in Europa

Jahr unterteilte den Ersten Weltkrieg in vier Phasen der Desertion. Die erste Phase ist jene des Bewegungskrieges, in der die Desertionsrate sehr hoch war. Danach nahm die Desertion während des Stellungskrieges ab Herbst 1914 ab. In der dritten Phase verdoppelte bis ver-

dreifachte sich die Anzahl Deserteure bis zur vierten Phase, die den Höhepunkt ab Sommer 1918 bildete. Jahr beziffert die Anzahl der Fahnenflüchtigen allein in Deutschland während der Kriegsjahre auf insgesamt Hunderttausend. Unterscheiden muss man die Deserteure von den Kriegsdienstverweigerern, jenen Soldaten, die den Dienst gar nicht antraten oder sich der Einberufung mit der Flucht in ein neutrales Land entzogen. Obwohl Ende des 19. Jahrhunderts die pazifistischen und antimilitaristischen Stimmen in Europa lauter wurden, blieb während des Ersten Weltkriegs die «konsequenteste Form der Kriegsgegnerschaft», die Kriegsdienstverweigerung, eine Randerscheinung.

Schweizer Deserteure?

Nicht zu den Forschungsschwerpunkten von Jahr gehören die Deserteure in der Schweiz, die während der Grenzbesetzung im Ersten Weltkrieg geflohen sind. Das Schweizerische Militärstrafgesetz unterscheidet zwischen Fahnenflucht und Dienstverweigerung. Der

Deserteur verlässt seine Truppe ohne Erlaubnis, während der Dienstverweigerer aus politischen, ethischen oder religiösen Gründen keinen Militärdienst leistet. Bei beiden Gruppen ist es schwierig, allgemeine Aussagen über die Gründe ihres Handelns zu machen. Einige bekannte Fälle von Dienstverweigerung, zum Beispiel jene von Charles Naine oder Max Daetwyler sind gut dokumentiert. Die Akten der Deserteure liegen immer noch im Bundesarchiv und warten darauf, detailliert untersucht zu werden. Anhand dieser Akten könnte auch eine Statistik über die Fahnenflüchtigen während des Ersten Weltkriegs in der Schweiz gemacht werden.

Fahnenflucht im Kollektiv?

Im Winter dieses Jahres jährt sich auch der «Weihnachtsfrieden». Dieses Ereignis, als die Waffen während des Ersten Weltkrieges auf beiden Seiten schwiegen, soll für mich der Anlass sein, der Geschichte der Deserteure in der Schweiz und ihren Motiven näher auf den Grund zu gehen. Die Frage, der ich nachgehen will und in der nächsten Ausgabe der GSoA-Zeitung zu präsentieren hoffe, ist, ob es Aufrufe zum kollektiven Desertieren, Meutern oder Verweigern des Kriegsdienstes gegeben hat oder ob es Muster von kollektiver Fahnenflucht während der Grenzbesetzung im Ersten Weltkrieg gegeben hat. Denn die jüngsten Feierlichkeiten und Publikationen zeigen: im öffentlichen und wissenschaftlichen Bewusstsein der Schweiz haben die Schweizer Deserteure ihren Platz noch nicht gefunden.



Aloys Camenzind, verurteilt als Dienstverweigerer weil er 14 Tage zuspät ins Militär einrückte.

Quelle: CH-BAR, E5330-01#1000/894#505*, Az. 818, Camenzind Aloys 1884, Dienstverweigerung, 1914.

BUCHBESPRECHUNG

Neuer Blick auf die Schweiz im Ersten Weltkrieg

Jahrzehntlang war die Geschichte des Ersten Weltkrieges in der Schweiz kein Thema in der Geschichtswissenschaft. Nachdem der Zweite Weltkrieg seit den 90er Jahren durch detaillierte Studien aufgearbeitet wurde, nähert sich die Geschichtswissenschaft 100 Jahre nach Beginn der «Urkatastrophe» der Situation in der Schweiz zu dieser Zeit.

Von Adi Feller

Konzipiert als Begleitwerk für eine schweizweit gastierende Wanderausstellung zum Ersten Weltkrieg erschien kürzlich der Band «14/18 Die Schweiz und der Grosse Krieg», herausgegeben von Roman Rossfeld, Thomas Bumberger und Patrick Kury im hier + jetzt Verlag. Ausstellung und Buch wurden von einem Verein von HistorikerInnen konzipiert und umgesetzt, welche die Geschichte der Schweiz während des Ersten Weltkrieges für ein breiteres Publikum zugänglich machen wollen.

Unterteilt ist der Band in vier Teile: 1. Krieg! Mobilisierung, Grenzbesetzung und nationale

Kohäsion, 2. Landesversorgung, Kriegswirtschaft und Wirtschaftskrieg, 3. Neutralität, humanitäre Diplomatie und Überfremdungangst, und 4. Streik! Wachsende Not, Landesstreik und Erinnerungskultur. 16 AutorInnen behandeln diese breiten Themen aus unterschiedlichen Blickwinkeln, was vereinzelt zu leichten thematischen Überschneidungen führt. Die Aufsätze bieten einen guten Überblick, gehen aber auch ins Detail – teilweise noch zusätzlich in zweiseitigen Schwerpunktbildern. Gemeinsam ist den Aufsätzen, dass sie auch die Vorgeschichte und weitergehenden Auswirkungen der dargestellten Entwicklungen nicht aus dem Auge verlieren. So betrachten sie den Ersten Weltkrieg auch geografisch wie zeitlich nicht als abgeschlossenen Sonderfall, sondern betten ihn in einen breiteren Kontext ein.

Antimilitarismus, Kriegsmaterial und Neutralität

Parallel dazu werden Themen angesprochen, welche im politischen Diskurs der Schweiz zeitlos sind. In einigen Beiträgen sind die Entwick-

lung einer Schweizerischen Rüstungsindustrie und konkrete Formen des Antimilitarismus präsent. In den Aufsätzen von Roman Rossfeld und Serge Paquier zeigen sich das Wachstum der Rüstungsgüterproduktion während des Krieges, die immensen Kriegsgewinne einiger Fabrikanten und die Reaktionen der unter hohen Lebensmittelpreisen leidenden Arbeiterschaft. Rudolf Jaun stellt in seinem Artikel die teils drakonischen Reaktionen der Militärjustiz auf von den Soldaten geäußerte Kritik am Dienstbetrieb dar. Trotzdem bleiben diese beiden Themen eine relative Randerscheinung, die auch konzentrierter in einem eigenen Aufsatz hätten betrachtet werden können. Das Buch zeichnet sich jedoch durch sein breites Spektrum an Themen aus, welche darin Platz finden. So behandelt Carlo Moos in seinem Beitrag die Frage der Neutralität und deren unterschiedlich gelebte Umsetzungen während des Weltkrieges, ein Text, der aber gut auch mit Blick auf die heutige Situation gelesen werden kann. Auch kurze Passagen über in die Schweiz geflohene Deserteure und Refraktäre

aus dem umliegenden Europa sowie deren Betrachtung durch die Schweizer Medien finden ihren Platz.

Beispielhaft anschaulich

Ein beeindruckender optischer Einblick in die zeitgenössische Vorstellungswelt ist den Gestaltern mit den vielen zeitgenössischen Karikaturen, Flugblättern und Photographien gelungen. Knapp 300 Bilder auf 400 Seiten machen das Werk sehr anschaulich und damit die zeitgenössische Ideenwelt direkt greifbar. Gespickt sind die Aufsätze auch mit Anekdoten, so zeigt die Bedeutung der Ernährungsfrage für die Schweiz auf Grund der gesunkenen Importe von Nahrungsmitteln, dass es gar ein «Kommissariat für die Anpflanzung schweizerischer Waffenplätze» zur Nahrungsmittelgewinnung gab. Auf Grund der vielen Illustrationen und der meist ansprechend geschriebenen Texte wird das Ziel, ein breiteres Publikum anzusprechen, erreicht und gleichzeitig der aktuelle Stand der Forschung vermittelt.

ATOMWAFFEN

Forderung nach atomarer Abrüstung

Gemessen an den unmittelbaren, wie auch den langfristigen Konsequenzen eines Einsatzes, sind Atomwaffen in ihrer Destruktivität und Willkür mit keinen anderen Waffensystemen vergleichbar. Dennoch fallen sie als einzige Massenvernichtungswaffen nach wie vor unter kein völkerrechtliches Verbot. Vom Vorstand von BHRC (Business and Human Rights Conform)

Am 6. August 2015 wird es 70 Jahre her sein, seit die erste Atombombe über Hiroshima gezündet wurde. Drei Tage später wurde Nagasaki von einer Plutoniumbombe erschüttert. Die Schreie Zehntausender, verbrannte, blutige, aufgedunsene Körper, missgebildete, entstellte Menschen und auf ewig zerstörtes Erbgut sind die Folgen – das unermessliche humanitäre Leid von Generationen ist kaum fassbar. Bis

heute sammeln sich in den Arsenalen von neun Staaten über 16'000 Atomwaffen. Allein Russland und die USA halten davon etwa 1'800 in stetiger Alarmbereitschaft, abschussbereit innerhalb von wenigen Minuten.

Gerade in Zeiten der wiederaufkommenden klassischen Machtpolitik zwischen Atom-mächten sollte sich die Weltöffentlichkeit den Kopf darüber zerbrechen, dass die wiederholt durch wissenschaftliche Studien belegte Unkontrollierbarkeit und die katastrophalen humanitären Konsequenzen offenbar nicht den geringsten Einfluss auf die aktuellen Entscheidungsträger haben. Für eine atomwaffenfreie Zukunft fehlt es an Einsicht der Atom-mächte, an Druck aus der Zivilgesellschaft und an umsetzbaren Ansätzen für Nicht-Atomwaffenstaaten. Vielmehr werden die nuklearen Waffensysteme momentan weltweit moderni-

siert – ein Prozess, zu dem auch Schweizer Geld beiträgt.

Seit dem Sommer 2013 engagiert sich BHRC für die atomare Abrüstung und legt dabei den Fokus seiner Aktivitäten auf ein spezifisch Schweizerisches Thema: das nukleare Divestment. So hat die Schweiz als internationaler Finanzplatz die Verantwortung, die Finanzierungsmechanismen von Atomwaffen zu unterbinden. Eine solche Verantwortung hat der Schweizer Gesetzgeber mit der Revision des Kriegsmaterialgesetzes den Schweizerischen Finanzintermediären auferlegt. Die Artikel 7, 8b, 8c KMG enthalten ein weltweit einzigartiges Verbot der direkten und indirekten Finanzierung von nach Schweizer Recht verbotenen Kriegsmaterial – neben B und C, auch A-Waffen. Der Buchstabe steht – doch das genaue Studium des Gesetzestextes und die Gespräche mit

den für den Normvollzug verantwortlichen Bundesämtern zeigen, dass das Gesetz nur Buchstabe bleibt. Strafrechtliche Konsequenzen sind aufgrund der Ausgestaltung des Gesetzes nicht zu erwarten. Diese Einschätzung bestätigen die von PAX im «Don't Bank On The Bomb»-Bericht 2014 aufgeführten Schweizer Finanzintermediäre, die trotz des Finanzierungsverbotes grosse Summen in Firmen mit Atomwaffen-Geschäften investieren. BHRC hat es sich zur Aufgabe gemacht, in einer umfassenden Publikation die Schweizer Rechtslage zu hinterfragen, Standpunkte der involvierten Akteure darzulegen und konkrete, umsetzbare Massnahmen zu einem effizienten Vollzug aufzuzeigen. Das Engagement von BHRC basiert auf der Überzeugung, dass sich Nicht-Atomwaffenstaaten gerade aufgrund der mangelnden Bereitschaft von Atomwaffenstaaten zur Abrüstung durch autonomes Handeln aus ihrer Geiselhaft zu lösen haben. Die Schreie der Opfer sind verhallt, die Ruinen überbaut und die Überlebenden der Katastrophe verstummen. Während das Leid der Opfer in Vergessenheit gerät, zieht BHRC den Finanzplatz in die Verantwortung – es ist ein Schweizer Beitrag zu einem typisch Schweizerischen Ausschnitt eines internationalen Problems, der die Forderung nach atomarer Abrüstung wieder dorthin bringen soll, wo sie hingehört: in den öffentlichen Diskurs.

Der Verein **Business and Human Rights Conform (BHRC)**, an der Universität Zürich gegründet und von Studierenden von verschiedenen Schweizer Universitäten geführt, setzt sich für eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaft in der Schweiz ein. Im Rahmen der Projektgruppe «Divestment» arbeitet BHRC mit verschiedenen Stakeholdern auf die finanzielle Stigmatisierung von Atomwaffen hin.



Prominente Ruag-Werbung im Eingangsbereich der Eurosatory

EUROSATORY

Der Supermarkt des Todes

Alle zwei Jahre findet in Paris die weltweit grösste Messe für Landkriegsgerät statt. Ausserordentlich präsent waren dieses Jahr auch Schweizer Rüstungskonzerne – unter anderem mit aggressiver Werbung. Von Andreas Weibel

Die Ruag, die grösste Schweizer Waffenproduzentin, hat sich ihren Auftritt an der diesjährigen Waffenmesse Eurosatory in Paris einiges kosten lassen. Der Konzern, der sich zu 100 Prozent im Besitz der Eidgenossenschaft befindet, hat sich nicht nur schicke Stände gleich in zwei Ausstellungshallen geleistet. Der Bundesbetrieb hat sich auch das Recht gekauft, als einziges Unternehmen seine Werbetafeln auf dem Weg zu den Messeeingängen zu platzieren – eine besonders prominente Aktion, um die rund 55'000 BesucherInnen auf sich aufmerksam zu machen.

172 Delegationen

Mehr als 1500 Rüstungsfirmen buhlten dieses Jahr an der Eurosatory um die Aufmerksamkeit

des Messepublikums. Für die Ausstellenden am wichtigsten war eine Besuchergruppe: Die 172 offiziellen Delegationen. Die VertreterInnen von Verteidigungsministerien aus aller Welt fällen Kaufentscheidungen in Milliardenhöhe. Die Veranstaltenden hatten wenig Hemmungen beim Einladen der Delegationen: Unter den geladenen Gästen fanden sich Militärs aus Ländern mit miserabler Menschenrechtslage wie Saudi-Arabien, oder dem Irak; aus Staaten, in denen gerade Krieg herrscht, wie Israel oder Libyen; oder von Regierungen, die ihr Geld für Besseres ausgeben könnten als Waffen, zum Beispiel die Elfenbeinküste oder Mauretanien. Auf mehr als 175'000 Quadratmetern Ausstellungsfläche bot die Eurosatory 2014 den BesucherInnen nicht nur viel Platz zum Anbahnen von neuen Geschäften, sondern auch viel Spektakel. Für die Demonstration von Panzern und Geländefahrzeugen hatten die Veranstalter ein komplettes Testgelände aufgebaut, inklusive Wüstensand, Wassergräben, Hügelandschaft und VIP-Tribüne.

«Weiche Ziele»

Unter den AusstellerInnen fanden sich auch dieses Jahr wieder knapp dreissig Schweizer Unternehmen. Die Ruag, gemäss «Defense News» einer der hundert umsatzstärksten Rüstungskonzerne weltweit, machte nicht nur mit der Plakatwerbung vor dem Messegelände auf sich aufmerksam. Der Schweizer Waffenbauer stellte auch ein neues, fast vier Tonnen schweres, Panzerfahrzeug vor, das sich ferngesteuert oder teil-autonom fortbewegt. Die Ruag bewirbt das Fahrzeug für die Grenzkontrolle und die Aufklärung in Kriegsgebieten. Aber es ist absehbar, dass die Diskussion über die ethischen und juristischen Fragen von selbstständigen Killer-Robotern bald auch die Schweiz erreichen wird.

In ihren Werbebroschüren für Gewehrmunition liefert die Ruag auch einige Beispiele für die spezielle zynische Sprache, mit denen die Händler des Todes ihre Produkte vermarkten: «Die Munition liefert ein Maximum an Energie, um den erwünschten letalen Effekt zu erzielen.» Oder an einer anderen Stelle: «Entwickelt, um den Grossteil der Energie in den ersten Zentimetern nach dem Eintreten in ein weiches Ziel

zu übertragen.» Die «weichen Ziele» sind Menschenkörper, versteht sich. Eine einzige Munitionsart bewirbt die Ruag damit, dass sie den Regeln der Haager Konvention über die Landkriegsordnung entspreche. Alle anderen Munitionsprodukte verstossen wegen ihrer Fragmentationseigenschaften gegen dieses Abkommen.

Dutzende Schweizer Firmen

Nicht nur die Ruag trumpfte werbemässig gross auf. Auch die Kreuzlinger Mowag rührte mit der grossen Kelle an und erkaufte sich die Titelseite des Messeprospekts. Neben den Radschützenpanzern selbst fand sich im Messeprospekt auch Werbung für eine neue 30mm-Bordkanone von ATK Armament Systems. Neben den grossen Rüstungskonzernen nahmen auch diverse weniger bekannte Firmen an der Messe teil: Darunter beispielsweise der Kempthaler Outdoor-Spezialist Katadyn oder die Berner Plath AG, die Funkaufklärungsgeräte herstellt, mit denen zum Beispiel Pager-Nachrichten abgefangen werden können.

Aktiv werden in Deiner Region

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Die Teilnahme an einer Regionalgruppensitzung in Deiner Region ist ein unkomplizierter Weg, sich bei der GSoA aktiv einzubringen und zu engagieren.

Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!

aargau@gsoa.ch luzern@gsoa.ch
 basel@gsoa.ch, solothurn@gsoa.ch
 bern@gsoa.ch st.gallen@gsoa.ch
 fribourg@gsoa.ch thurgau@gsoa.ch
 gssa@gssa.ch winterthur@gsoa.ch
 graubuenden@gsoa.ch zuerich@gsoa.ch

Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Die letzten paar Monate waren für die GSoAInnen eine sehr intensive und engagierte Zeit. Neben Kreativität und Energie hat die Abstimmungskampagne gegen den Gripen aber auch finanziell einiges gekostet. Natürlich werden wir die Ziele der GSoA weiterhin mit demselben Elan verfolgen. Damit unsere Anstrengungen aber auch künftig weitreichende Konsequenzen haben, brauchen wir auch finanzielle Mittel. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns dieses Engagement und trägst damit unmittelbar zum Erfolg der GSoA bei. **Herzlichen Dank!**



GREGOR.
 das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



Seki Bern: Abschied und Neubeginn

(np) Drei Jahre ist es her, da trat die gerade mal 19 Jahre alte Seraina ihre Stelle auf dem GSoA-Sekretariat in Bern an. Grosse Projekte standen bevor. In den ersten Monaten waren warme Winterkleider gefragt, es galt die letzten nötigen Unterschriften für die Initiative zur Abschaffung des Militärzangs zu sammeln. Darauf folgten neben dem Dauereinsatz gegen Kriegsmaterialexporte die Bemühungen rund um ein Verbot von Streumunition und Söldnerfirmen. Seraina war stets an vorderster Front mit dabei, organisierte Strassenaktionen oder schrieb Medienmitteilungen. Als Finanzverantwortliche der GSoA behielt sie auch in turbulenten Zeiten den Überblick, führte akribisch genau Buchhaltung und gab den finanziellen Rahmen für Projekte vor. Als besonders wertvoll stellten sich diese Eigenschaften in der Planung und Umsetzung zweier nationaler Abstimmungskämpfe heraus, die vom Nein zum Gripen gekrönt wurden.

Jetzt, nach drei Jahren hervorragender Arbeit im Sekretariat, setzt Seraina neue Schwerpunkte. In der Zwischenzeit in den Berner Stadtrat gewählt, wo sie die Jungen Alternativen, kurz JA! vertritt, wird ihr politisches Engagement weiter fruchten. Das Sekretariat und die AktivistInnen danken für die spannende und schöne Zusammenarbeit und wünschen Seraina viel Erfolg auf ihrem weiteren Werdegang.



Auf jeden Abschied folgt ein Neuanfang. Die GSoA freut sich, den neuen Sekretär Jannik Böhm vorzustellen. 27 Jahre alt, eben gerade nach zwei Jahren Berlin-Aufenthalt zurückgekehrt, hat er im August die Arbeit in Bern aufgenommen. Aus der deutschen Hauptstadt bringt er auch gleich einen Rucksack gesammelten Wissens mit. Als (Vollzeit-)Aktivist war er unter anderem in der Gruppe FeS und im Aktionstrainingsnetzwerk Skills for Action, das Menschen auf Aktionen des massenhaften Zivilen Ungehorsams vorbereitet, aktiv. Jetzt will er die Erfahrungen und neuen Aktionsformen in die GSoA einbringen. Wir sind gespannt.

GSoA-Material...



Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ/Wohnort

Tel.

E-Mail E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button		Fr. 1.-	
	T-Shirt Kampffjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampffjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...» Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...» Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
	Diverse Kleber		kostenlos	
Versandkostenanteil				Fr. 4.80

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Franziska Bender (frb), Cordula Bieri (cb), Felix Birchler (fb), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Stefan Dietiker (sd), Adi Feller (af, verantwortlich), Daniela Fischer (df), Amanda Gavilanes (ag), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Nora Komposch(nk), Reto Moosmann (rm), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzc (np), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Meret Schneider (ms), Andreas Weibel (aw), Remo Ziegler (rz), Jonas Zürcher (jz)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- /10.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.